

Antrag Nr. 08-F-24-0009  
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP

---

**Betreff:**

Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN + FDP vom 30.10.2008 -

**Antragstext:**

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

- Die Stadtverordnetenversammlung lehnt das von der Bundesregierung geplante „Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ ab, weil die geplanten Streichung des § 16 Abs. 2 Satz 1 SGB II im Bereich der Eingliederungsmaßnahmen die Integrationschancen vieler Langzeitarbeitssuchender nachhaltig schwächen und für einzelne Träger von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu dramatischen Auswirkungen führen wird.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene in den Gremien Städte- und Landkreistag und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass die erfolgreiche Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Wiesbaden auch weiterhin fortgesetzt werden kann.

Wiesbaden, 05.11.2008

Bernhard Lorenz  
CDU-Fraktion

Axel Imholz  
SPD-Fraktion

Michael Schlempp  
FDP-Fraktion

Bettina Schreiber  
Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN

F.d.R.:

Dr. Sven-Uwe Schmitz  
Geschäftsführer

Marc Paffenholz  
Geschäftsführer

Jeanette-Christine Wild  
Geschäftsführerin

Volker Meisinger-Persch  
Geschäftsführer